

## [Europarat: Kreml muss Zwangsarbeit im Donbass beenden](#)

**13.10.2016**

Zur heutigen (12.10.2016) Debatte in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats über die Menschenrechtslage in den Gebieten außerhalb der Kontrolle der ukrainischen Regierung erklärt Marieluse Beck, Berichterstatterin der Parlamentarischen Versammlung.

Zur heutigen (12.10.2016) Debatte in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats über die Menschenrechtslage in den Gebieten außerhalb der Kontrolle der ukrainischen Regierung erklärt Marieluse Beck, Berichterstatterin der Parlamentarischen Versammlung:

Die jüngsten Berichte über Zwangsarbeit in Gefängnissen im Donbass zeigen, dass dringend eine größere Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft für die Menschenrechtslage in der Ostukraine notwendig ist. Es ist völlig inakzeptabel, dass im Europa des 21. Jahrhunderts wieder Zwangsarbeit stattfindet. Russland muss seinen entscheidenden Einfluss geltend machen, damit das System der Zwangsarbeit umgehend beendet wird.

Der Europarat diskutierte heute einen Bericht zur Menschenrechtslage im Donbass und auf der Krim. Darin wird deutlich, dass Russland faktische Kontrolle über die Gebiete der sogenannten „Separatisten“ ausübt. Der Kreml trägt damit Verantwortung für das Wohl der Menschen, die dort leben. Russland muss ihre Menschenrechte garantieren und ist hierfür verantwortlich zu machen. Dies ist die wesentliche Botschaft des Berichts.

Nach Informationen der ukrainischen Nichtregierungsorganisation „Eastern Human Rights Group“ sind bis zu 10.000 Bürgerinnen und Bürger der Ukraine vom System der Zwangsarbeit betroffen. Sie waren vor Ausbruch des Krieges im Donbass zu Haftstrafen verurteilt worden und befinden sich seit dem weiterhin in Gefängnissen und Strafkolonien der Region. Ihre Lage ist katastrophal: die Häftlinge sind Zwangsarbeit ausgesetzt. Wer sich verweigert, muss mit Folter rechnen. Entscheidungen der ukrainischen Justiz über vorzeitige Entlassungen etwa durch Amnestien oder Bewähungen werden von den de facto-Machthabern im Donbass ignoriert.

Hinweis:

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats diskutierte heute den Bericht der Berichterstatterin Marieluse Beck über „Rechtsbehelfe bei Menschenrechtsverletzungen in den ukrainischen Gebieten, die sich außerhalb der Kontrolle der ukrainischen Regierung befinden“. Die Abstimmung über die dazugehörige Resolution findet heute um 18 Uhr statt. Die Informationen über Zwangsarbeit wurden erst nach Verfassen des Berichts bekannt, sollen aber mit einem Änderungsantrag in die zum Bericht vorgelegte Resolution aufgenommen werden. Den Bericht finden Sie auf der [Website der Parlamentarischen Versammlung des Europarats](#).

Büro Marieluse Beck MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: +49 30 227 71604  
Fax: +49 30 227 76262  
[www.marielusebeck.de](http://www.marielusebeck.de)

-

Anmerkung:

Die Vorwürfe beziehen sich auf einen [Bericht der BBC](#), der wiederum auf einem [ukrainischen Bericht](#) beruht. Die Gegendarstellung der Separatisten erfolgte hier:

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

**Namensnennung.** Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

**Keine kommerzielle Nutzung.** Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

**Weitergabe unter gleichen Bedingungen.** Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

**Haftungsausschluss**

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.